



Grohner Sinfonie

Direkt an einem sozialen Brennpunkt, im Innenhof der Grohner Düne, hat das Jugendsinfonieorchester Bremen-Nord am Freitag ein Konzert gegeben.

Bericht Seite 10

ANZEIGE

ENTDECKEN SIE BEI DODENHOF DIE

PREMIUM KÜCHENWELT

SieMatic LEICHT TEAM7

Rund um Ihre Küche bieten wir einen

EXKLUSIVEN SERVICE

- RUNDUM-BETREUUNG
- EXAKTES AUFMASS
- INDIVIDUELLE BERATUNG
- KOSTENLOSE LIEFERUNG
- DETAILIERTE PLANUNG
- FACHGERECHTE MONTAGE

Die WohnWelten **dodenhof**

28869 Posthausen • Tel.: 04297-36431 • www.dodenhof.de

Höhere Mieten für viele Bremer

Bremen (bem). Viele Bremer Mieter haben in den vergangenen Monaten Post bekommen: Die Deutsche Annington erhöht vielerorts die Mieten für ihre Wohnungen. Hintergrund sind Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten im Bestand sowie Anpassungen an die örtlichen Vergleichsmieten. Die hat der Immobilienkonzern durch ein Sachverständigenbüro ermitteln lassen. Nach Angaben der Deutschen Annington, die 2014 durch die Übernahme der Vitus-Gruppe allein in Bremen circa 10 000 Wohnungen erworben hat, liegen die Mieterhöhungen zwischen 25 und 200 Euro. Mit 29 Euro pro Quadratmeter steckte das Unternehmen im vergangenen Jahr im Schnitt aber auch mehr Geld in seine Immobilien als die Konkurrenz. Sobald ein Vermieter energetisch saniert, darf er bis zu elf Prozent der Kosten dauerhaft auf die Miete aufschlagen. Von diesem Recht macht die Deutsche Annington nach eigenen Angaben aber nur wenig Gebrauch. „Wir möchten, dass unsere Mieter bei uns wohnen bleiben“, sagt eine Sprecherin. Der Mieterverein Bremen fürchtet dennoch, dass einige Bewohner verdrängt werden könnten, weil sie sich die höheren Mieten nicht mehr leisten können. Eine Bremer Familie erzählt, wie sie mit den Mieterhöhungen umgeht.

Bericht Seite 17

Grüne Sozialsenatorin unter Druck

SPD und Opposition üben massive Kritik an Flüchtlingsunterbringung / Erste Zelte werden aufgebaut

VON SABINE DOLL, ANKE LANDWEHR UND SARA SUNDERMANN

Bremen. Offiziell wiegelt Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) immer noch ab: Es gebe keine konkreten Pläne, Zeltlager für Flüchtlinge einzurichten. Tatsächlich werden aber bereits klammheimlich Fakten geschaffen. In einer E-Mail vom Freitag, die dem WESER-KURIER vorliegt, informiert der Senator für Inneres und Sport die Nutzer der Sportanlage auf dem Stadtwerder: „Auf der Fläche hinter dem Lidice-Haus werden in den nächsten Tagen Zelte für Flüchtlinge aufgebaut.“ Deswegen würden auch Teile der Sanitäranlagen gebraucht.

Am Freitag tauchte Stahmann, die wegen der Unterbringung von Flüchtlingen immer stärker unter Druck gerät, unerwartet bei der alten Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) in der Steinsetzerstraße auf. Wie am Donnerstag bekannt wurde, muss das Gebäude wegen eines Bettwanzen-Befalls geräumt werden. In dem überfüllten und maroden Wohnheim leben rund 200 minder-

jährige Flüchtlinge. Die Senatorin traf vor dem Haus auf eine große Gruppe Journalisten, die sich ein Bild über die Zustände in der Einrichtung machen wollten. Der Zutritt wurde ihnen jedoch verweigert. „Wir wissen, dass wir hier einen Schwachpunkt haben, aber die Sozialbehörde hat nichts verschlafen“, sagte die Senatorin.

Unterdessen wird selbst vom Koalitionspartner massive Kritik an Stahmanns Flüchtlingspolitik laut. Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD: „Es war vorhersehbar, dass es zu solchen Zuständen kommt. Das schockiert mich wahnsinnig.“ Er wirft der Behörde vor, nicht schnell genug mit neuen Unterkünften auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagiert zu haben. „Wir brauchen dringend eine langfristige Strategie, das wurde versäumt.“ Er fordert außerdem mehr Kontrollen des Gesundheitsamts in den Einrichtungen.

Auch die CDU wirft Stahmann vor, nicht rechtzeitig reagiert zu haben. „Die Sozialbehörde läuft der Situation ständig hinterher“, sagt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Sigrid Grönert.

Gesucht wird nun eine Unterbringung für die Jugendlichen, die die ZAST verlassen müssen. „Die Senatorin hat mich um Hilfe gebeten“, sagt Arnold Knigge, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (LAG-FW). „Wir versuchen, so viele Jugendliche wie möglich übergangsweise in anderen Heimen aufzunehmen, aber wir wollen unsere Standards auch nicht dauerhaft unterschreiten.“ Knigge war offenbar bereits eingeweiht, dass auf dem Stadtwerder Zelte aufgebaut werden sollen.

Seit September 2014 ist der Verein DEVA in Kooperation mit der Reisenden Werkschule Scholen (rws) dafür zuständig, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen so lange zu begleiten, bis sie die Erstaufnahmestelle verlassen. Geschäftsführerin Susanne Sternberg ist froh, dass in der ZAST „jetzt endlich Klarschiff gemacht wird“. Man müsse den Bettwanzen fast dankbar sein. In mehreren Sitzungen wurden am Freitag Weichen für das weitere Vorgehen gestellt. Sternberg: „Die Jugendlichen müssen sensibel begleitet werden,

damit sie verstehen, dass es im Augenblick nicht anders geht. Sonst entstehen Unsicherheiten und Ängste, die zu einer Verweigerungshaltung führen können.“

Eine, die nicht gut auf die Behörden zu sprechen ist, ist Simone Bolte. Die Dolmetscherin übersetzt vor Gericht, wenn unbegleitete minderjährige Jugendliche einen amtlich bestellten Vormund bekommen. Flüchtlinge hätten ihr immer wieder von empörenden Zuständen in der ZAST berichtet. Dass Jugendliche dicht an dicht auf einem Matratzenlager im Keller übernachten mussten, sei ein Skandal. Hinzu komme, dass die Jugendlichen keinen Rückzugsraum hätten, um beispielsweise für die Schule zu lernen.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise stockt der Bund seine Hilfen für Länder und Kommunen auf. Der Betrag für 2015 soll auf eine Milliarde Euro verdoppelt werden. Laut Sozialbehörde sind das für die Stadt Bremen dann insgesamt 8,4 für Bremerhaven zwei Millionen Euro. Ab 2016 will sich der Bund dauerhaft an den Kosten beteiligen. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9**

Neues Sitzgefühl in der Bürgerschaft

Bremen (ala). Immobilien Bremen hat am Freitag Vorschläge zum künftigen Gestühl im Plenarsaal der Bürgerschaft vorgelegt. Infrage kommen sowohl eine Neupolsterung der vorhandenen Originalstühle als auch ein Neukauf. Die Untersuchung war in Auftrag gegeben worden, nachdem der ursprünglich vom Bürgerschaftsvorstand favorisierte Eames Chair zu Protesten in der Bevölkerung geführt hatte: Rund 250 000 Euro für den Designklassiker – Stückpreis: etwa 2000 Euro – auszugeben, schien den Kritikern im Haushaltsnotlageland Bremen völlig unangemessen. Die Politik hatte umgehend reagiert und Immobilien Bremen aufgefordert, nach Alternativen zu suchen. Vorgabe war, wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Im Falle eines Neukaufs werden nun sechs Modelle empfohlen, die sich preislich zwischen 600 und 900 Euro netto bewegen. Günstiger noch wäre eine Neupolsterung, die für 402 Euro netto zu haben wäre. Einige Originalstühle sind probenhalber bereits neu gepolstert und von Abgeordneten getestet worden. Einer von ihnen ist der Sozialdemokrat Sükrü Senkal, der mit dem neuen Sitzgefühl mehr als zufrieden ist. Früher habe er beim Sitzen jede einzelne Sprungfeder gespürt, das sei jetzt völlig anders, berichtet der Politiker. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 14**

Länder für volle Gleichstellung von Homo-Ehen

Resolution statt Gesetzentwurf: Bundesrat fordert Bundesregierung zum Handeln auf

Berlin. Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, homosexuelle Partnerschaften komplett mit der Ehe gleichzustellen. Das bedeute auch ein volles gemeinschaftliches Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Die Länderkammer verabschiedete am Freitag mit ihrer rot-grünen Mehrheit eine entsprechende Resolution „Ehe für alle – Entschließung für eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren“. Dafür stimmten alle rot-grünen Länderkoalitionen, das von SPD und Linken regierte Brandenburg sowie das von Linken, SPD und Grünen regierte Thüringen.

Damit ist nun die von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) geführte Bundesregierung

am Zug. Die SPD im Bund ist zwar auch für die sogenannte Ehe für alle, aber die Union ist dagegen. Daher ist die Ablehnung des Vorstoßes wahrscheinlich. Bewusst verabschiedeten die Länder keinen Gesetzentwurf, der die große Koalition von Union und SPD im Bundestag zwingen würde, über eine Abstimmung Stellung zu beziehen. Dies hätte die SPD in die schwierige Lage gebracht, ihn zusammen mit der Union im Bundestag ablehnen zu müssen.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonte: „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Der bayerische Justizminister Winfried Bausback (CSU) sprach hingegen von einem durchschaubaren Manöver.

Grundlegende Werte der Verfassung dürften nicht infrage gestellt werden. Auslöser der Debatte war das Votum im katholischen Irland, bei dem sich eine Mehrheit für eine Gleichbehandlung Homosexueller ausgesprochen hat. **Bericht Seite 4**

Streitfall Europaspiele

Baku. Mit einer Inszenierung von US-Popstar Lady Gaga als Friedensengel haben in Baku am Freitagabend die ersten Europaspiele beim umstrittenen Gastgeber Aserbaidschan begonnen. Der für seinen fragwürdigen Umgang mit den Menschenrechten sowie der Pressefreiheit europaweit kritisierte Staatspräsident Ilham Aliyev sprach die Eröffnungsformel des kontinentalen Sportevents – zuvor hatte Turner Fabian Hambüchen das deutsche Team als Fahnenträger ins Olympiastadion geführt. Die deutsche Spitzenpolitik hatte auf eine Anreise zur Eröffnungsfeier verzichtet – der Sport dagegen steht einmal mehr vor der Frage nach seiner moralischen Verantwortung. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 26**

INHALT

| | |
|-----------------------------------|-------|
| Beruf & Karriere | S 1 |
| Familienanzeigen | 6, 28 |
| Fernsehen | 21 |
| Immobilien & Wohnen | I 1 |
| Lesermeinung | 4 |
| Rätsel & Roman | 20 |
| Veranstaltungsanzeigen | 6 |
| Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour | |

H 7166 • 28189 BREMEN

6 0024

4 194176 301606

VERMISCHTES

Freispruch für Strauss-Kahn

Lille. Dominique Strauss-Kahn (66) ist vom Vorwurf der Zuhälterei freigesprochen worden. Der Ex-Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) habe sich mit seiner Teilnahme an Sexpartys mit Prostituierten nicht strafbar gemacht, entschied ein Gericht im französischen Lille am Freitag. Mit dem Urteil folgten die Richter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. In dem Prozess ging es um freizügige Partys zwischen 2008 und 2011. **Seite 7**



WETTER

| | | |
|----------|--------|--------------|
| Tagsüber | Nachts | Niederschlag |
| | | |
| 25° | 13° | 80% |

Kräftige Regengüsse
Rasch ziehen intensive Regengüsse heran. Zum Teil sind noch kräftige Gewitter mit dabei.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell

ANZEIGE

Verkaufsoffener Sonntag von 13 bis 18 Uhr!

summer sale

| | | | |
|------------------|-------|--------------|--------|
| z. B. rieber | 59,90 | 29,90 | = 50 % |
| z. B. Tamaris | 49,90 | 29,90 | = 40 % |
| z. B. Gabor | 99,90 | 59,90 | = 40 % |
| z. B. paul green | 128,- | 69,90 | = 40 % |

Neu: Besuchen Sie uns auf www.schuhe-wachendorf.de

Schuhe kauft man bei **WACHENDORF**

Schuhhaus Wachendorf • Ansgaritorstr. 21 • 28195 Bremen • Tel. 0421-1 23 73